

Stettiner Zeitung.

Nr. 275.

Donnerstag, 23. November

1871.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 21. November.

Die 25. Plenarsitzung des Reichstages wird vom Präsidenten Dr. Simson um 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnet.

Der ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildet: Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Haushaltsetat des deutschen Reichs für 1872 (Marineverwaltung).

Abg. Wehrenpennig motivirt den von ihm gestellten Antrag wie folgt:

Beide Anträge, der der Kommissarien des Hauses, welcher dahin geht, daß eine Denkschrift vorgelegt werde, in der erörtert wird a) wie weit der Gründungsplan von 1867 ausgeführt und welche Mittel zur vollständigen Ausführung noch nötig sind, und b) ob es sich nicht empfiehlt, die ursprünglich in Aussicht genommene Gründungsperiode abzufürzen. Dieser Antrag und der meinige gehen von der Ansicht aus, daß unsere Marine einen größeren Aufschwung nehmen muß.

Die Erfahrungen, welche wir auf maritimen Wege gemacht haben, widersprechen dem, was wir voraussehenden. Wir hielten es beim Ausbruch des Krieges für möglich, daß eine Landung an unseren Küsten versucht werde, daß einzelne Häfen uns auf einige Zeit könnten weggenommen werden. Von diesen Befürchtungen ist keine eingetreten. Die französische Flotte, die jährlich 50 Millionen Thlr. kostete, versuchte nach der Schlacht bei Wörth keine Landung mehr. Wenn wir alles zusammenrechnen, können wir sagen, daß wir vor diesen Gefahren wesentlich durch die Beschaffenheit unserer Küsten, durch die Vertheidigungsmasregeln, namentlich durch den moralischen Nutzen der Torpedos geschützt sind. Meine Herren, die Flotte hat in Beziehung auf die Entscheidung in diesem Kriege durchaus keine Einwirkung gehabt. — Seit 1867 bis 1870 ist aber wenig an neuen Schiffen gebaut worden; die Hauptthätigkeit richtete sich auf die Fertigstellung der Häfen und darüber ist nicht zu klagen. Beim Ausbrüche des Krieges 1870 war der Bau an der Jade noch nicht fertig; wir hatten keine Werft, um die selbst in einer glücklichen Schlacht beschädigten Schiffe auszubessern; das tröstet dafür, daß wir keine Schlacht geliefert haben. Der Krieg währte schon 4 Monate, da beriet eine Kommission über event. Auschaffungen für die Fortdauer des Krieges. Diese Kommission beschloß die Notwendigkeit von 18 Monitors, in Widerspruch mit den bisherigen Auschauungen der Marineoffiziere. Zwei Panzerschiffe werden in England bestellt, 3 andere gebaut; es sind also 5 große Panzerschiffe in Bau. Die Frage, ob Deutschland, jetzt die erste Landmacht Europas, seine Marine rasch entwickeln soll, darf gar nicht aufgeworfen werden. Sparjam müssen wir bei den allgemeinen Wehrpflicht mit unseren Mitteln verfahren und darum müssen wir bei der Marine mit Ruhe vorgehen. In dem jetzigen Etat der Marine steht noch nichts Übermäßiges; soll aber der Plan abgekürzt werden, so heißt dies nichts Anderes, als die Regierung aufzufordern, daß sie vom Reichstage nächstes Jahr eine extraordinaire Gelddemission von 15 bis 16 Mill. zu fordern und dann jedes Jahr anstatt der planmäßigen 8 Millionen 11 bis 12 Millionen. — Der Zeitpunkt wird, auch wenn der Antrag der Kommissare nicht angenommen wird, doch kommen, wo die Regierung erklärt, sie löme mit den Mitteln für Ausführung des Planes bis 1877 nicht auskommen. Warum sollen wir da die Initiative ergreifen und nicht warten, bis uns das Geschenk abgefördert wird. Die Kommissarien stellen das Rätsel auf und Abg. v. Cafferow gibt die Lösung, indem er einen Wechsel sieht auf die Kriegskontribution.

Abg. Schröder (Stettin): Die vorstehenden Erklärungen stehen im grellsten Widerspruch mit den Versicherungen der Regierungs-Kommissarien. Ein Mann vom süßen Wasser, so ein Süddeutscher versteht allerdings nichts von Tafelgeldern, Schiffen; zu wünschen ist, daß die Schiffe im Inlande gebaut werden, wie dies in Russland seit 1863, in Dänemark, Italien, Holland geschieht, und wenn da der Kontakt einmal nicht innegehalten werden kann, so soll man deshalb nicht zu streng sein. Der Etat ist weit über den Gründungsplan erweitert, z. B. durch das Torpedowesen. Die Marine muß in Übereinstimmung stehen mit den finanziellen Mitteln des Reiches; der Etat ist also zu bewilligen, abgelehnt muß aber der Antrag Cafferow werden.

Abg. v. Behr (Greifswald) tritt dem Antrage der Abgeordneten Freeden-Wehrenpennig entgegen; jetzt müsse man nur den Etat herstellen und nichts weiter.

Abg. v. Forckenbeck: Die Ausführungen des Abg. Wehrenpennig sind nicht richtig; der Gründungsplan ist nicht lediglich den Erfahrungen aus dem Kriege von 1864 entsprungen. Die Kommissarien wollen auch nicht dem Reichstage eine Mehrbewilligung von 18 Millionen anstreben oder Deutschland

zu einer Seemacht ersten Ranges machen, wie Abg. Wehrenpennig voraussehen scheint. Redner motiviert ausführlich die Anträge der Kommissarien des Hauses; man will jetzt aussprechen, daß an dem Gründungsplan festgehalten werde und der Regierung die Sicherheit geben, daß daselbe strikt ausgeführt werde. Das soll die Volksvertretung aussprechen, und aus diesem Gedanken ist der Antrag der Kommissarien entstanden; dieselben halten auch an dem dritten Zwecke der Flotte, Verstärkung des feindlichen Handels, fest, während Abg. Wehrenpennig denselben beseitigen will. Zur Vertheidigung der Küsten bedarf es keiner Flotte; die moralische Wirkung der Torpedo's genügt. Der Reichstag kann jetzt keineswegs beschließen, unter keiner Bedingung mehr als 1867 voraussehen ist, für die Bildung der Marine ausgeben zu wollen. Der Antrag Wehrenpennig erfüllt nicht das, was die Kommissarien wollen: er will die Gründung der Marine aufhalten und das wollen wir nicht.

Abg. v. Cafferow vertheidigt seinen Zusatzantrag, die Mittel in Folge der Abkürzung der Gründungsperiode aus der französischen Kriegskontribution zu entnehmen. Man muthe jetzt dem deutschen Reiche zu, die von dem norddeutschen Bunde eingenommene Stellung zu verlassen und stütze sich hierbei auf die Erfahrung aus dem letzten Kriege, als ob es feststehe, daß die französische Verwaltung immer in solchem Zustande, wie damals, sich befinden werde! Man habe die Blockade nicht brechen können, weil es an Panzerschiffen gefehlt habe, um hinauszugehen. Niemand werde noch ferner den Hohn ertragen wollen, dem man von Seiten der Neutralen ausgesetzt war, die sagten: warum habt Ihr keine Schiffe, um dem Waffenhandel ein Ende zu machen? (Fürst Bismarck tritt ein). — Das parlamentarische Bedenken gegen den Zusatz, die Regierung nicht auf Gedmittel zu verweisen, sei nicht gerechtfertigt, denn es sei keine bestimmte Summe angegeben; es werde nicht vorgegriffen.

Minister Graf Roon: Eine eminent patriotische Pflicht zwingt mich das Wort zu nehmen, auch um die Debatte abzufürzen. Die glänzenden Darstellungen des ersten Redners waren nicht in allen Studien unbedenklich; nur einige Punkte seien erwähnt. Unsere Küsten sind nicht allein durch Defensivmittel, Torpedos usw. vertheidigt worden, die Flotte hat ihren Theil daran gehabt, die moralische Wirkung der Torpedos hätte die Franzosen von der Annäherung nicht abgehalten; sie hätten versucht, die Hindernisse wegzuräumen, wenn nicht die Flotte dagewesen wäre. Unsere junge Flotte hat Kampfeslust wie eine; sie hat Versuche 1864 gemacht und es gehörte Selbstbeherrschung, diesen Versuch, der eine Unfluglichkeit gewesen wäre, zu erneuern. Die Mittheilungen über die Defensiv-Kommission im Jahre 1870 sind richtig; daraus folgt aber, daß, weil die Flotte dazu verdammt war, den Kampf auf offener See zu vermeiden, die Defensive verstärkt werden mußte, denn man wußte nicht, wie lange der Krieg dauern könnte. — Ich glaube, daß die Regierungen heut wie 1867 nur denselben Gedanken hatten, eine Seemacht zweiten Ranges zu gründen; ob man später weiter gehen will, ist jetzt nicht zu berathen. Wir haben nicht blos die Küsten zu vertheidigen. Die Frage der Alliancen spielt im Kriege eine große Rolle. Was würde es bedeuten, wenn man einer Macht ein Paar Dutzend Torpedos bieten könnte? Wie gelten so viel, daß wir mehr zu bieten haben müssen. Wie wollen wir unsere nationale Ehre hochhalten, bei maritimem Gesinde, wenn wir nicht Macht genug haben, dasselbe zur Statistik zu zwingen. Es ist sehr möglich, daß eine solche Entwicklung herantritt. Es handelt sich hier um Bewilligung dessen, was die Regierung fordern müßte in Ausführung des Gründungsplanes. — Was den Schiffbau im Inlande angeht, so würden wir nur selbstständig sein, wenn wir nicht mehr einen Nagel vom Auslande beziehen. Ohne finanzielle Opfer ist dies Ziel nicht zu erreichen, und die jetzt im Inlande zu erbauenden Schiffe werden auch teurer sein. In Russland sind die einschlägigen Verhältnisse; Russland haut wohl selbst, aber mit vom Auslande bezogenen Material. — Den Ausführungen des Abgeordneten v. Forckenbeck stimme ich bei. Es handelt sich hier nur um den Marineetat pro 1872 und um nichts weiter; ich kann daher dem Antrag auf Erweiterung resp. Abkürzung des Gründungsplanes gegenüber eine ganz objektive Haltung einnehmen: die Regierungen haben sich hierüber noch nicht geäußert und meine persönliche Meinung ist nicht maßgebend. Ich will eine natürliche Entwicklung; ich spreche hier und jetzt aber nur für die Bewilligung des Etats.

In der Spezialdebatte werden die einzelnen Positionen der dauernden Ausgaben der Reihe nach genehmigt.

Der Antrag der Kommissare, betreffend die Ausgaben des hydrographischen Büros, „das Marine-Ministerium aufzufordern, mehr als bisher gesetzten für Aufnahme entlegener, aber von deutschen Schiffen

stark besuchter Küsten, namentlich der Westküste von Centralamerika, durch dahin zu entsendende Schiffe sorgen zu lassen, ohne aber darüber eine sehr nothwendige Revision der Nordseekarten aus den Augen zu verlieren“ wird genehmigt.

Danach wird der Antrag Wehrenpennig abgelehnt; der erste Theil der Resolution der Kommissarien genehmigt, der zweite und damit auch das Amen-de-ment von Cafferow abgelehnt.

Die Besoldungsverbesserungen der Marine veranlassen den Abg. v. Bendt zu einem Dankwort an die Reichsregierung, welches Minister Camphausen damit erwidert, daß er nachweist, daß diesmal allerdings eine Radikalkultur vorgenommen und mit der einen Maßregel mehr gethan sei, als in ganzen Jahrzehnten vorher.

Damit schließt die zweite Lesung des Marine-Etats.

Die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Reichsgoldmünzen, wird vom Abg. Dernburg mit Ausdrücken lebhafter Anerkennung der Resultate der zweiten Berathung eingeleitet, welche durch die Ausmerzung des Groschens und andere in Süddeutschland mit Dank aufgenommene Verbesserungen den Vorwurf Mohl's am besten widerlegt haben, als solle das Münzgeyz als eine Machfrage zum Nachtheile des Südens bemüht werden. Der Redner fragt weiter, ob das definitive Münzgeyz mit Sicherheit baldigst zu erwarten sei, da Süddeutschland sonst einer großen Verwirrung in seinen Münzstädten ausgesetzt wäre. Nur gegen Braun (Gera) polemisiert Herr Dernburg, was Braun nicht recht begreifen kann, da sein Gegner doch mit der im Sinne Braun's erfolgten Amendierung der Vorlage zufrieden zu sein versichert.

Schluss der Sitzung 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Wahlprüfungen, dritte Berathung zahlreicher Vorlagen, Bericht der Geschäftsorter-Kommission, Petitionen.

Der Protest der katholischen Bischöfe.

Die römisch-katholischen Bischöfe haben unter dem 7. September d. J. einen Protest bei Sr. Majestät dem Könige eingereicht, in welchem sie sich einerseits über das Volk, andererseits über die Regierung bitter beschweren.

Der innere Friede, behaupten sie, sei durch heilige Bewegungen im Volke, die Gewissensfreiheit durch Handlungen der Regierung bedroht. Seit dem Anfang des römischen Konzils habe sich in Deutschland eine plannmäßige und feindselige Agitation gegen die dortigen Verbänden erhoben und große Verwirrung in viele Kreise hineingetragen. Als „eine der pernicious Machinationen“ bezeichnen die Bischöfe, daß eine verwerfliche Agitation den Geist des Konzils als einen humanitäts- und staatsfeindlichen darstelle. Die geistige Auflösung und der verschwommene Liberalismus habe die Unfehlbarkeit des Pabstes als eine den weltlichen Interessen gefährliche Lehre bezeichnet und doch lehre die Geschichte, daß die zu allen Zeiten „allgemein verbreitete Doctrin von dem unfehlbaren Lehrmeister des Pabstes“ niemals zu Streit mit der weltlichen Gewalt geführt habe. So schildern die preußischen Bischöfe einen geschicklichen Vorgang der jüngst verlebten Zeit.

Aber wie stimmen denn diese Behauptungen der katholischen Bischöfe mit den Thatsachen der Geschichte, wie mit ihren eigenen Ansichten und Aussprüchen vor Eröffnung des Konzils? Damals traten die katholischen Bischöfe zusammen und vereinigten sich zur Abmahnung gegen die Definition der Unfehlbarkeit; ehe sie Deutschland verließen, um zum Konzil sich zu begeben, legten sie in einer öffentlichen Adresse ihre Ansicht nieder, daß die Unfehlbarkeit nicht beabsichtigt sein könne. Sie empfahlen der Laienwelt und dem untergeordneten Klerus ruhiges Verhalten, nahmen aber den Kampf gegen die Lehre der Unfehlbarkeit auf ihre eigenen Schultern. In Rom protestierten sie gegen die Lehre, rieten von der Verlinderung ab, als einem gefährlichen Schritte, welcher in Deutschland die größte Verwirrung der katholischen Gemeinde hervorrufen würde. Preußische Bischöfe warneten vor den Gefahren des Zusammenstoßes mit der weltlichen Herrschaft, welchen die Beschlüsse des Konzils vorbereiteten. Und nun legten dieselben Bischöfe mit ihrer Namensunterchrift die von ihnen eingeleitete Bewegung, die von ihnen unterhaltene Opposition gegen die Lehre der Unfehlbarkeit, die von ihnen vorausgesagten Gefahren der Verwirrung und des Konfliktes an als eine verwerfliche Agitation, als eine lügenhafte und perfide Machination, als eine Ausgeburt der feisten Auflösung und des verschwommenen Liberalismus. Unter Verleugnung ihrer eigenen Aussprüche, Schriften, Reden und Abschreibungen behaupten sie jetzt, daß die Lehre der Unfehlbarkeit keine Neuerung, sondern von jeher und allgemein verbreitet gewesen sei, und aus dieser Ver-

leugnung ihrer eigenen Lehrsätze von früher folgern sie, daß nur böswillige Aufrührer und fechte Flachköpfe die Lehre als neu und staatsgefährlich verschreien.

So weit geht der geschickliche Bericht über die Bewegung im deutschen Volke. Nun kommt die Klage gegen die preußische Regierung. Der Religionslehrer am katholischen Gymnasium in Braunsberg wird vom Bischof exkommuniziert, weil er das Dogma der Unfehlbarkeit nicht anerkennt will. Die Staatsregierung erhält den Religionslehrer im Amt und schreibt vor, daß jeder katholische Schüler des Gymnasiums dem obligatorischen Religionsunterricht beitreten müsse. Hierüber beschweren sich die katholischen Bischöfe. Aber vor dem Konzil, als man die zwangsläufige Theilnahme am Religionsunterricht der Schulen aufheben wollte, da haben die katholischen Bischöfe und ihre Anhänger dies Streben als eine Gefährdung der Religion bezeichnet. Nun wird ein Fall nach gleichem Maßstab gegen sie entschieden und der gesamte Episkopat erhebt Klage über „eine Verfolgung der bittersten und gefährlichsten Art.“ Dieser eine Fall habe die Herzen mit Furcht erfüllt, als ob Preußen seine alten Traditionen verlassen wolle; während doch die preußische Praxis unausgesetzt in gleicher Weise ausgeübt und der Versuch der Abhöfe von den Ultramontanen als gottlos und verdammungswert bezeichnet worden ist.

Die Bischöfe rufen die Gewissensfreiheit an, welche den Katholiken verkümmert werde, aber in unmittelbarem Anschluß verlangen sie, daß jeder Einzelne sich den Aussprüchen des allgemeinen Konzils in Sachen der Glaubens- und Sittenlehre unterwerfe, wer sich dessen weigere, von selbst als ausgeschlossen aus der katholischen Kirche betrachtet werde, und daß die Staatsregierung dies anerkenne und darnach verfahre. Eine vernichtendere Selbstdiskritik ist noch niemals geschrieben worden.

Deutschland.

Berlin, 21. November. Die Nachricht der „Bef. B.“, daß die Staatszeitung, welche in der Antwort des Kaisers als Erwiderung auf die Eingabe der Bischöfe in Aussicht gestellt ist, bereits festgestellt sei, wird offiziös als verfrüht bezeichnet. Auch wird bemerklich gemacht, daß eine Vorlage wegen Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels noch nicht ausgearbeitet sei.

Karlsruhe, 21. November. Der Landtag wurde heute Vormittags 11½ Uhr durch den Großherzog in Person eröffnet. In der Thronrede gedenkt der Großherzog zunächst der großen Ereignisse des letzten Jahres und fährt sodann fort: „War es mir auch als unumgängliche Pflicht erschienen, auf wesentliche Kronrechte zu Gunsten des Vaterlandes zu verzichten und dadurch für meinen Theil dazu beizutragen, daß des deutschen Reiches Ansehen und Kraft gehoben werde, wir selbst aber dabei diejenige Stärkung erfahren, welche aus der einheitlichen Führung des Heeres und der Politik erwachsen muß, so wird es fortan in erhöhtem Maße mein Bestreben sein, die selbständige Entwicklung d. r. geliebter Heimat in freiem, unabhängig zu erhaltendem innern Staatsleben mit allen Kräften zu fördern.“ Die Thronrede lädt hierauf verschiedene Gesetzesvorlagen an betreffend die Einführung des deutschen Strafgesetzbuches, die Ausgleichung der Kriegsfolgen und Kriegsschäden und die Aufbesserung der Gehälter der Beamten und Angestellten. Der Staatshaushalt sei trotz eines Krieges ohne Gleichen in guter Ordnung. Die Aufstellung eines schweren Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben sei augenblicklich noch unthunlich, da die Feststellung des Reichshaushaltsetats verzögert werden sei. Die Vorlage des Budgets 1872—1873 werde jedoch baldmöglichst erfolgen. Trotz der notwendig gewordenen Erhöhung des Staatsaufwandes seien keine neuen Ansprüche an die Steuerkraft des Landes erforderlich. Die Thronrede schließt mit folgenden Worten: „Die politische Einigung Deutschlands hat, wie die günstige finanzielle Lage des Landes zeigt, demselben seine neuen Opfer auferlegt, vielmehr hoffen wir von der Kraft des Reiches, welche den glorreichen Frieden errungen hat und ihn schützen wird, einen neuen Aufschwung aller materiellen und geistigen Lebens, wie in dem ganzen deutschen Vaterlande, so auch in der heuren badischen Heimat. Das walte Gott!“

Stuttgart, 21. November. Von sämtlichen württembergischen Infanterie-Regimentern, mit Ausnahme des achten in Straßburg stehenden Regiments gehen je sechszen Unteroffiziere demnächst nach Preußen, um sich dort als Instruktoren auszubilden.

Ausland.

Wien, 21. November. Die heutigen Morgenzeitungen bringen eine übereinstimmende Mitteilung, wonach ernste Unterhandlungen mit dem Fürsten Adolph Auersperg wegen Bildung des österreichischen Kabinetts gesplogen werden. Derselbe beabsichtige jedoch, sich zunächst mit seinen parlamentarischen Ge-

finnungsgenossen zu berathen, und damit erst dem Kaiser sein Programm zu unterkreuzen.

Die heutige „Neue Fr. Presse“ meldet, daß Fürst Auersperg bereits dem Kaiser sein Programm vorgelegt habe. Dasselbe verlangt die Auflösung der illegalen Landtage und verweist die Forderungen der Polen an den Reichsrath. — Heute findet eine Konferenz der Verfassungstreuen statt, in welcher Fürst Adolf Auersperg sein Programm darlegen wird.

Wien, 21. November. Die heutige stattgefundene Konferenz der verfassungstreuen Abgeordneten soll gutem Vernehmen nach einen für die Mission des Fürsten Adolf Auersperg günstigen Erfolg gehabt haben. — Heute Abends fand Ministerrath statt.

Wien, 21. November. Heute um 11 Uhr begann die Konferenz des Fürsten Adolf Auersperg mit den deutschen Abgeordneten. Der Fürst legte sein Regierungsprogramm dar, welches die volle Verfassungsmäßigkeit betont. Die illegalen Landtage von Böhmen, Krain, Mähren und Oberösterreich sollen aufgelöst, die Polen mit ihren Forderungen an den Reichsrath verwiesen werden. — Die Einberufung des Reichsraths steht auf den 20. Dezember bevor.

Paris, 19. November. Die Sicherheits-Maßregeln, welche die Militärbehörden in Epernay in Folge des Meuchelmordes an einem preußischen Soldaten ergriffen haben, geben den meisten Pariser Blättern Veranlassung zu den heftigsten Ausfällen und den gemeinsten Schmähungen. Wie gewöhnlich befunden sie auch bei dieser Gelegenheit die größte Unwissenheit, indem sie die Hülfe der Regierung gegen die preußischen Gewaltmaßregeln anrufen und sagen, „Epernay sei keine eroberte Stadt und stehe nicht außerhalb des gewöhnlichen Rechtes“ u. s. w. Sie vergessen dabei ganz den Artikel 8 der Friedens-Präliminarien, welcher im Frankfurter Vertrage keine Abänderung erlitten hat. Derselbe lautet:

Nach Abschluß und Ratifikation des endgültigen Friedensvertrages wird die Verwaltung der Departements, welche noch von deutschen Truppen besetzt bleiben sollen, den französischen Behörden wieder übergeben. Doch sollen diese letzteren gehalten sein, den Befehlen, welche die Befehlshaber der deutschen Truppen im Interesse der Sicherheit, des Unterhalts und der Vertheilung ihrer Truppen erlassen zu müssen glauben, folge zu leisten.“

Diese Bestimmung gibt unzweifelhaft den deutschen Militär-Behörden die Befugniß, durchaus nach ihrem Ermessen für die Sicherheit in den okkupirten Departements Sorge zu tragen.

Wie nothwendig es aber ist, daß die deutschen Behörden selbst mit aller Energie einschreiten, um für feigen Meuchelmord Sühne zu erlangen, beweist folgende Verhandlung vor dem Schwurgerichte zu Melun, welche die „Gazette des Tribunals“ gestern veröffentlichte. Vor den Geschworenen stand der Gärtnersbursche Louis Berlin, 25 Jahre alt, in Diensten des Gutsbesitzers Gasnier Guy in Chelles. Er ist des Mordversuches gegen den preußischen Feldwebel Kraft angeklagt und des Verbrechens durchaus geständig. Dasselbe fällt in den August d. J., also lange nach Beendigung des Krieges. Der Feldwebel Kraft, im Hause des Herrn Gasnier eingekwartiert, saß unter einem Baume des Gartens und las die Zeitung. Berlin glaubte, wie er selbst erzählt, Kraft sei eingeschlafen. Er näherte sich ihm kriechend und versetzte ihm von hinten wiederholte Schläge mit einer Gartenhaupe über den Kopf. Der Feldwebel suchte seinen Kopf mit den Händen zu schützen und dabei wurde ihm die rechte Hand vollständig zerhauen. Der Mörder, in dem Glauben, den verhaften Preußen getötet zu haben, versteckte sich in einem unterirdischen Kanal und entloß dann nach Paris. Kraft ist geheilt worden, aber bleibt für sein Leben verstummt. Die preußischen Militärbehörden verlangten die Auslieferung des Verbrechers; dieselbe wurde von den Pariser Behörden verweigert, aber mit dem ausdrücklichen Versprechen, daß der Mörder seiner Strafe nicht entgehen werde. Berlin läugnet selbst keinen der erschwerenden Umstände seines Verbrechens. Als ihn der Präsident fragt, ob er Ursache gehabt habe, den Feldwebel Kraft persönlich zu hassen, antwortete er: „Durchaus nicht. Ich hatte einen großen Haß gegen die Preußen; als ich den Kraft in meiner Nähe sah, erwachte dieser Haß in mir und ich beschloß ihn zu töten.“ Der Staatsanwalt Félix Boisot that sein Möglichstes, um den Geschworenen die Nothwendigkeit bedrohlich zu machen, das „Schuldig“ über den Angeklagten auszusprechen. Der Vertheidiger Charles Lachaud verlangte dagegen unbedingte Freisprechung seines Klienten. Die Geschworenen blieben kaum 5 Minuten in ihrem Berathungsimmer. Der Obmann verkündet „Nicht Schuldig“ auf alle Fragen, der Präsident verordnet die sofortige Freilassung des Berlin und die Anwesenden geben laut ihren Beifall zu erkennen. — Gleich darauf wird ein armer Teufel Namens Charles Han vorgeführt, er ist angeklagt den Preußen verrathen zu haben, daß der Maire seines Dorfes noch Hasenvorräthe besitze. Die Geschworenen erklären Han ohne mildernde Umstände „des Einverständnisses mit dem Feinde“ schuldig und der Gerichtshof verurtheilt ihn zur lebenslänglichen Deportation.

Ich weiß nicht, ob die deutsche Regierung sich veranlaßt finden wird, gegen die Freisprechung des Mörders Berlin zu reklamiren. Es würde schwerlich etwas dabei herauskommen, da die Regierung ihre Pflicht erfüllt und den Verbrecher vor die Geschwo-

renen gestellt hat. Für die Deutschen, welche durch ihre Verhältnisse gezwungen sind, in Frankreich zu leben, hat diese skandalöse Freisprechung gewiß nichts Verhügendes. Die Deutschen-Herren wissen nun, daß es für die Geschworenen kein Verbrechen ist, einen Deutschen zu töten oder zu verstümmeln. Das heißt so viel, als uns vogelfrei erklären. Ohne einen Revolver in der Tasche wird es für einen Deutschen nicht mehr geheimer in Frankreich sein.

Paris, 19. November. Zwei Begegnungen bieten seit zwei Mal vierundzwanzig Stunden den Stoff zu allen Gesprächen, nämlich die Rede, welche Gambetta bei dem Banquet zu St. Quentin gehalten hat und die Unterdrückung des „Pays“ und des „Avenir Liberal“. Die drakonische Maßregel, welche diese beiden bonapartistischen Journale betroffen hat, wird allgemein gefadelt. Die heftige Sprache des Herren Paul de Cassagnac im „Pays“ hat den Sache Napoleon's III. mehr Schaden als Gutes und das „Avenir Liberal“ hatte nur einen sehr beschränkten Einfluß. Die Unterdrückung der beiden Journale wird dem Journal des Herrn Clement Duvernay, L'Ordre, um so mehr Gewicht geben, da dasselbe mit einem gewissen Talente redigirt wird. Alle republikanischen Blätter verwerfen die von den Herren Thiers und Casimir Perier getroffene Maßregel. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Thiers sich von Herrn Casimir Perier fortreiben lassen, welcher einen wahren Haß gegen die bonapartistische Partei und giebt.

Versailles, 19. November. Heute Abend um 7 Uhr fand die Ceremonie der Übergabe des goldenen Blattes an Herrn Thiers statt. Der spanische Botschafter, Herr Olozaga, stand der Ceremonie vor; Herr Guizot und der Fürst de Ligne waren die Paläte des Herrn Thiers. Nach der Feierlichkeit war großes Diner, dem außer den drei Genannten alle Minister und mehrere intime Freunde des Herrn Thiers beiwohnten. Morgen ist wieder Diner auf der Präsidenschaft, wozu die Vorsände des Seine-Generalrats, die des Pariser Gemeinderaths, die des Generalraths des Seine- und Oise-Departements und die Präfekten der beiden Departements eingeladen sind. Heute empfing Herr Thiers Herrn Hauffmann, den Präsidenten des Verwaltungsrathes des Credit Mobilier. Er soll mit den Erklärungen, welche ihm Herr Hauffmann gab, sehr zufrieden gewesen sein. Die Gnadenkommission hielt heute wieder Sitzung, eine Entscheidung traf sie aber noch nicht.

Rom, 20. November. Msgr. Frangi ist von Konstantinopel hier eingetroffen und wurde gestern vom Papste empfangen.

Durch Königliches Dekret wurden Torrearsa zum Präsidenten, Vigliani, Mamiani, Scialalo und Cambrai-Digny zu Vicepräsidenten des Senats ernannt. Der König hat ferner 23 neue Mitglieder in den Senat berufen.

Die Regierung hat den Beschluß gefaßt, für jeden Orden nur ein Kloster zu bewilligen.

Rom, 21. November. Der König ist heute hier eingetroffen und wurde am Bahnhof vom Prinzen Humbert, den Ministern, den Spiken der Behörden und der Nationalgarde empfangen und von einer sehr zahlreichen Volksmenge in enthusiastischer Weise begrüßt. Die Stadt ist besetzt.

Die Großfürsten Michael, Nikolaus und Georg und die Großfürstin Anastasia sind gestern in Neapel angekommen.

Kopenhagen, 20. November. Die schadhaften Stelle des Telegraphentabels zwischen Nagasaki und Shanghai ist entdeckt und ausgebessert worden, so daß die Verbindung wieder hergestellt ist.

Odessa, 20. November. Die Post wurde befreit von der vorgekommenen bedeutenden Unterschleife und zur Ermittlung der Schuldigen einige Stunden gesperrt.

Provinzielles.

Stettin, 22. November. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung erfolgte den in letzter Sitzung gemachten Vorschlägen gemäß die definitive Wahl des Juwelier Sperling zum Vorsteher des 6., des Schmiedemeisters Schaeide zum Vorsteher und des Brennereibesitzers Sellien zum Vertreter des Vorstehers des 23. Bezirks. Zum Mitgliede der 15. Armen-Kommission wurde der Wiedhälter Korth und zum Vorsteher des Schloßbezirks an Stelle des Juweliers Paul, der dies Amt niedergelegt, der Apotheker Weichbrodt in Vorschlag gebracht. — Die Versammlung genehmigte: 1) die der neuen Maß- und Gewichtsordnung entsprechend umgeänderten Bedingungen für die Entnahme von Wasser aus der städtischen Wasserleitung, 2) die Zusätzlertheilung für die bei der Verpachtung von 20 Morgen Ackerland, welche am Wege nach Nemitz belegen, abgegebenen Meistengebote, 3) die Magistrats-Vorlage, betreffend die Einrichtung der Tertia Coetus B der neuen Reallehranstalt von Ostern f. J. ab, unter gleichzeitiger Bewilligung von 837½ Thlr. Lehrer-Gehältern auf $\frac{3}{4}$ Jahre pro 1872 und von 120 Thlr. zur Beschaffung neuer Subselli, 4) die Vorlage, betreffend die durch die schon jetzt vorhandene Zahl von 65 Schülern nothwendig werdende Theilung der Sesta des Stadtgymnasiums in Ober- und Untergesta von Ostern 1872 ab, unter Bewilligung der pro 1872 dadurch erforderlichen Mehrausgabe an Lehrer-Gehältern von 662 Thlr. 15 Sgr. — Ferner bewilligte dieselbe dem Magistrat: 1) einen Kredit bis zur Höhe von 5000 Thlr. Beaufs der

Wiederherstellung der bekanntlich in der Nacht zum 15. d. Ms. teilweise eingeschürten Untermauer am Eisenbahnböhlwerk und zur Wiederaufrichtung des dort befindlich gewesenen Krebnes. 2) eine fernerne Summe bis zur Höhe von 500 Thlr. zum Zwecke der Prämiierung für die Anlage von Graatschwellen ic. 3) die Summe von 205 Thlr. 15 Sgr. zur Aufführung des sich in einem sehr schlechten Zustande befindlichen, von Schwabach nach Wolfshorst führenden Damms. Ebenso erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit der Nichtausübung des Vorlaufsrechts des Grundstücks Pommereinsdorfer Straße Nr. 8, sowie mit dem freihändigen Verkaufe des ehemaligen Oberförsterei-Etablissements „Meffenthin“ unter der Bedingung, daß die Tarifsumme von 5700 Thlr. als Minimum dem Verkaufe zum Grunde gelegt werde, nahm auch von der Mittheilung des Magistrats Kenntniß, daß eine neue Achtung der Bohrwerks- sowie der Gewichte der Decimal- und Voltwaagen in Folge der neuen Maß- und Gewichtsordnung nothwendig sei.

In Betreff des von uns bereits erwähnten Umbaus des Schiffsdurchlasses der Baumbrücke billigt die Versammlung den Vorschlag des Magistrats, durch Abbruch der dem jetzigen Aufzuge zunächst gelegenen 3 Brückenjoche einen 40 Fuß breiten Durchlaß herzuzeigen, bewilligt auch die auf ca. 15,000 Thaler veranschlagten Kosten, beschließt indessen auf Antrag der Finanz-Kommission, dem Magistrat zur Erwägung anheim zu geben, ob es sich für den voraussichtlich stetig wachsenden Verkehr nicht empfehle, schon jetzt auf die Herstellung von zwei Brückenportalen Bedacht zu nehmen. — In Folge eines Antrages der Herren: Hafer, Neimarus und Dr. Wolff, den Magistrat zu ersuchen, daß bereits früher ventilierte Projekt wegen Durchlegung einer Straße durch den Speicherkomplex zur Verbindung der Speicher- mit der Parnithstraße im Hinblick auf den neuesten Speicherbrand wieder aufzunehmen und der Versammlung eine bezügliche Vorlage zu machen, wird nach einer kurzen Debatte, in welcher der Herr Stadtbaurath erklärt, daß das Projekt vom Magistrat schon seit längerer Zeit in Berathung gezogen sei, und nachdem die Versammlung dem Antrage im Allgemeinen zugestimmt, die Einsetzung einer gemischten Kommission beschlossen, welche sich den Vorarbeiten unterziehen und demnächst über das Resultat berichten soll. Aus der Versammlung werden in diese Kommission deputirt die Herren: Hafer, Keil, Kämmerling und Georg Schulz. — Eine Anzahl von Bürgern von Tanzställen in den Vorstädten bittet, da die Polizeibehörde ihnen jetzt nur an einem Tage in der Woche die Abhaltung von Tanzvergnügungen gestatten will, auch eine Petition wegen Aufhebung dieser Anordnung ohne jegliche Angabe von Gründen abgelehnt hat, die Versammlung möge sie in der freien und ungehinderten Ausübung ihres Gewerbebetriebes schützen. Auf Antrag des Herrn Dr. Wolff, welcher nachzuweisen versucht, daß durch die polizeiliche Anordnung die unnatürlichen Zustände herbeigeführt seien, wird beschlossen: „den Magistrat zu ersuchen, die Bitte der Petenten wegen ungestörter Ausübung ihres Gewerbebetriebes bei der Polizeibehörde zu befürworten und infofern hierauf kein aufzudenstellender Bescheid ergebe, die Angelegenheit weiter durch die höheren Instanzen zu verfolgen.“

Bei dem guten Zustande des Mauerwerks der eingeschürzten Bohrwerksstrecke an der Eisenbahn werden von Pionieren Löcher in die Steine gehobt, um mittels schwacher Pulverladungen das Mauerwerk zu erschüttern und die Zugen so zu lockern, daß die Abtragung keine Schwierigkeiten verursacht. Ist man bis unter den Wasserspiegel gelangt, dann sollen Versuche mit dem „Lithofracteur“ gemacht werden. — An Stelle des bisherigen Bürgermeisters Wall in Bahn ist der Sozialats-Inspektor Hagemeyer demnächst zum Bürgermeister gewählt und am 3. d. M. in dies Amt eingeführt worden.

Zwei hiesige Bürger, welche gestern die Anlagen vor dem Königstor passirten, hörten in geringer Entfernung einen Schuß fallen und fanden, der Richtung folgend, auf einer Bank am Glacis den mit einem Terzerol und Schießbedarf versehenen Touristen eines hiesigen Handlungshauses. Derselbe erklärte, daß er die Absicht gehabt, seinem Leben durch Erschießen ein Ende zu machen und deshalb vorher die Güte der Zündhütchen probirt habe. Auf Veranlassung der beiden Personen wurde der Lebensmüde durch zwei Mannschaften der Königsthorwache zur Polizei geführt und demnächst in seine hiesige Wohnung gebracht. Der Grund des beabsichtigten Selbstmordes ist nicht näher bekannt.

Vorgestern ertrank die 5jährige Tochter eines Arbeiters in einem im Garten des Grundstücks Langestraße Nr. 6 in Grabow a. O. befindlichen Pfuhl, indem sie durch die dünne Eisdecke, mit welcher der Pfuhl belegt war, einbrach.

Wie der „Stgd. 3.“ mitgetheilt wird, hat das Musikkorps des Kolberg'schen Regiments einen sechswöchentlichen Urlaub erhalten, den es zu einer Reise in die Heimat zu benutzen und ihre alte Garnisonstadt Stargard mit einigen Konzerten Ende dieses Monats zu erfreuen gedenkt.

In der 3. Sitzung des Kommunal-Landtages für Neuvorpommern und Rügen in Stralsund wurde u. A. beschlossen: die Proposition des Landtags-Kommissarius wegen Übernahme der im diesjährigen Regierungsbereich bei Trauungen und Täufen zu

zahlenden Gebühren auf den Landarmenfonds wird jedenfalls so lange abgelehnt, als dem Landesteile nicht etwa durch Gewährung des Provinzialfonds zu dem fraglichen Zwecke disponible Mittel gewährt werden.

In der ersten Woche des Januar f. J. werden die Deputationen für das Heimatwesen ihre erste öffentliche Sitzung abhalten. Es wird demnächst in jedem Monat eine Sitzung anberaumt werden, insofern Sachen zur Erledigung vorhanden sind.

Stralsund, 21. November. Wie die „Strals. Zeit.“ hört, sind in letzter Zeit verschiedene Güter auf Rügen durch Verkauf in andern Besitz übergegangen: die Gittergüter Kalow und Dutzow sind für die Summe von 92,000 Thlr. an den Bankier Blok in Stettin verkauft. Ferner ist das Rittergut Zubzow um den Kaufpreis von 141,000 Thlr. in den Besitz des königl. Domänenpächters Erhardt zu Gr. Zastrow übergegangen. Beide erstgenannten Güter haben zusammen einen Grundsteuer-Steinertrag von 2438 Thlr., der Steinertrag von Zubzow beläuft sich auf 5869 Thlr.

Theater-Nachrichten.

Stettin, 21. November. (Stadttheater.) Boieldius weiße Dame, die wir schon seit zwei Jahren auf dem Repertoire des hiesigen Stadttheaters schmerzlich vermisse, weil es an einem passenden Tenoristen fehlt, kam am vergangenen Donnerstag mit Herrn Winter als George Brown zur Aufführung. Nachdem nun auch gestern der Debütat als Chapelon (St. Phar) im „Postillon von Lonjumeau“ mit Erfolg aufgetreten, will es uns scheinen, als wenn die lyrische Tenorfrage am hiesigen Stadttheater für diese Saison nunmehr ihre Erledigung gefunden hat. Herr Winter ist ein routinierter Sänger; wenn auch seiner Stimme die ehemalige Jugendfrische nicht mehr eigen ist, so versteht er es doch, mit dem ihm verbliebenen, immerhin bedeutenden Stimmmaterial in wahrhaft künstlerischer Weise umzugehen — er weiß zu singen — auch sein Spiel läßt nichts zu wünschen übrig, ja stimmt ihn zu einem recht tüchtigen Darsteller. Im Allgemeinen reihet sich die weiße Dame den besten Vorstellungen dieser Saison würdig an. Fräulein Wilde brillirte wie immer durch Gesang, soweit die Rolle der Anna ihr dies gestattete. Herr Aglyk schien in der Rolle des Gaveston noch neu zu sein, verstand es aber, seine schöne sonore Bassstimme mit Erfolg zu verwenden. Auch der Dickson des Herrn Schubert, sowie die Jenny des Fräulein Denthausen verdienten lobens erwähnt zu werden. Im Postillon von Lonjumeau war es Herr Pichon, dem das Auditorium in der Rolle des Biju (Alouind) wiederholt Beifall zollte, besonders nach der Cörtisten-Arie. Das Terzett „Gehängt“ war etwas farcirt, konnte deshalb nicht den Stengel der ängstlichen Gemüthsstimmung tragen; im lieblichen schien dasselbe auch noch recht unsicher zu gehen. Zu den beiden Romanzen, die dem Postillon in der Regel stürmischen Applaus einbringen, verhielt sich das Publikum gemäßigt. Sie waren mit seiner Nuance in gesanglicher Hinsicht vorgetragen, konnten jedoch mehr Pathos und Wärme in der Darstellungswise mit sich führen. Frau Winter-Frey in der Rolle der Madelaine genügte bei nicht allzu scharfen Forderungen. Tüchtiges in der Darstellungswise leistete Herr Schubert als Marquis von Corcy, da er den Mittelweg zwischen Wahrheit und Carrikatur recht gut zu treffen wußte.

Noch wenige Worte über „drei Paar Schuhe“, Lebensbild mit Gesang von C. Görlitz, welches am letzten Sonntag zur Aufführung kam. Das Stück erfordert ein großes und hinsichtlich der Leistungsfähigkeit auch gutes Personal; der Verfasser hat die Charaktere scharf gezeichnet und es sind deshalb die einzelnen Rollen für die Darsteller dankbar; aber die Handlung selbst krafft an Unwahrscheinlichkeit und wimmelt von Uebertreibungen. Die Benennung „Burgesse-Pose“ wäre daher für dieses Produkt bezeichnender gewesen als „Lebensbild“. Die Bearbeitung legt Zeugnis ab von großer Bühnengewandtheit und scharfer, umsichtiger Beurtheilungskraft. Das Stück hat in sofern einen nicht zu unterschätzenden Werth, als der Verfasser in der Rolle der Martha ein moralisches Ziel verfolgt und auch gewissermaßen erreicht hat. Die Ehre des Abends gebührte Fräulein Denthausen (Martha); bei einzelnen Scenen und Improvisationen bezeugte dies auch das leider nicht zahlreich versammelte Publikum durch mehrmaligen Hervorruß.

Bermischtes.

London, 17. November. Die am Cap gefundenen Diamanten gelangen nachgerade auf dem Markt zu Ehren. Bei einer gestern vorgenommenen Auktion kamen ca. 300 Karat dieser Steine, zum Theil geschliffen, zum Theil im Rohzustande, unter den Hammer. Die Preise waren recht ansehnlich. Ein Stein von 23½ Karat Gewicht im Rohzustande erzielte 430 £. Drei weitere Loose von je 12 Karat wurden à 62, 95 und 53 £. angesteckt, 900 ein ungeschliffener Diamant, brachte 11 £, und Loos 901, 10½ Karat, 95 £.

(Folgen des Fortschritts.) „Der große Fortschritt“, schreibt eine amerikanische Zeitung, „welchen wir durch unsere, die Arbeitskräfte ersparenden Maschinen gemacht haben, zeigt sich am besten durch die Thatache, daß im letzten Jahre neun und siebenzig Landleute in Illinois durch Mähemaschinen in Stücke

**Die Weintandlung von
Fraissinet & Kaeber,
Victoriaplatz 2,**

setzt zur Verkleinerung ihres noch sehr bedeutenden Lagers d-n Ausverkauf von **Weinen** etc. zu billigen Preisen fort und gewährt bei Abnahme grösserer Parthien besondere Vortheile.



**Eltern und
Verwandte**
finden nüchtern Ge-
schäfte in Knabe-
Anzüge u. Paletots
zu soliden Preisen bei
**Korach &
Lewinsky,**
Kohlmarkt 12—13.

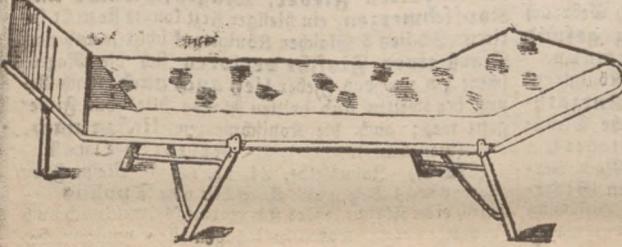
Runde fertige Hüte von 25 Kr. bis 4 R.,
Bockenhüte von 1 R. 15 Kr. bis 4 R.,
Waschhüte von 1 R. bis 4 R.,
Kappen in Seide, Sammet, Tübet ic. von 20 Kr.
bis 4 R.,
Habes von 7½ Kr. bis 2½ R.

Auguste Knepel,
et. Domstraße 10a.

Terpentinfreie Klebstärke,

das Pfund 2 Kr.
C. A. Schneider, Kohlmarkt u. Louisenstr. 6d.

A. Toepfer, Hoflieferant, Schulzen- u. Königstrassen-Ecke.



Gleichzeitig mache ich ergebenst auf mein grosses Lager folgender Artikel:
Petroleum-Lampen.

Petroleum-Koch-Apparate.

Wiener Caffeemaschinen

Ofenvorsetzer und Feuergeräthe.

Katarakt-Waschtöpfe.

und auf eine grossartige Auswahl von preiswürdigen Gegenständen, die sich vorzüglich zu Hochzeits- und Gelegenheitsgeschenken eignen, aufmerksam.

A. Toepfer,

Hoflieferant Ihrer kaiserl. königl. Hoh. des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin.

Magazin für Kücken- und Hauseinrichtungen.

Schulzen- und Königsstrassen-Ecke.



**Original-
Singer-Näh-Maschinen**

sind nur zu haben

62. Breitestrasse 62.

Alle sonst am hiesigen Platze unter dem Namen „Singer“ angebotenen Näh-Maschinen sind nachgemachte.

Stettin, Breitestrasse 62.

Willh. Scheffers.

Prima-Nähgarne zu En-gros-Preisen im Detailverkauf nach ausserhalb gegen Postvorschuss.

Tricotjacken und Beinkleider

in Wolle, Wigogne u. Baumwolle, Flanell-Oberhemden, gestr. Knabenjacken v. 17½ Sgr. an dessgl. Männerjacken von 25 Sgr. an, gestrickte Herren-, Damen- u. Kinderstrümpfe, Camaschen, Leibbaden, Kniewärmel, Pulswärmer, Pellerinen, Seelenwärmel, Schwabs, Taschen, Hauber, Fanchons, Kopfshals, Röcke, Jagdwester, Damen- u. Kinderwesten, Bucks-in-Handschuhe, gestr. u. gew. Tücher von 15 Sgr. an.

Corsets in grösster Auswahl von 10 Sgr. an,

Strickwolle und engl. Wigogne

in den besten Qualitäten führend, zu sehr billigen Preisen.

Rudolf Gramtz, obere Schubstr. 3.

**Das große
Leinenwaaren-Lager
und
Wäsche-Magazin**

E. Aren, Breitestrasse 33,
empfiehlt

sämtliche Wäsche-Artikel

für Herren, Damen und Kinder,

Specialität: Oberhemden,
in großartigster Auswahl, reellsten Stoffen,
zu bekannt billigsten Preisen.

Um den späteren Überhängungen

des Weihnachts-Geschäfts in etwas entgegen zu treten, bitte ich meine geehrten Kunden, Bestellungen auf Wäsche mir recht frühzeitig zukommen zu lassen, um Alles gewohnt prompt und eigen herstellen zu können.

E. Aren, Breitestrasse 33.

Bestes trockenes

Kiefern-Kloben-Holz

offerten billigst, frei vor die Thür

Wedel & Müller,

Comtoir; Schulzenstr. 22, Eingang Heiligegeiststr.,
Lagerplatz: vor dem Paruithore.

Kohlen,

zum Heizen und zu Schniedezwecken,

offerten billigst, frei vor die Thür

Wedel & Müller.

Jodkämpfer,

bestes u. sicher wirkendes Mittel gegen Sicht, Rheuma, Frostbeulen, Überbeine, dicken Hals, Sommersprossen u. Leberflecke empfiehlt b. Adler-Apotheke, 2. Riss, oben. 3. bez. durch C. A. Schneider, Stettin, Kohlmarkt und Louisenstr. Edt. Kl. 25 Kr. u. 12½ Kr.

Schuhe für Leichen

verkaufe ich jedoch nur an
Abnehmer grösserer Posten
ausfallend billig.

S. L. Bokoszer, Schweiz a. B.

**Zur gefälligen
Beachtung.**

Zu allen vorkommenden Festlichkeiten, Hochzeiten, Kindtaufen etc. werden Diners etc. aller Art, bei den Herrschaften im Hause selbst, gut u. sauber ausgeführt, und empfiehlt sich für dieses auf Verschreibung der Koch Oskar Dobberke, Berlin, Klausenstrasse 61.

Eine Erzieherin

sucht zu Neujahr 1872 ein Engagement; dieselbe hat bisher in allen Schulwissenschaften wie in der Musik mit Erfolg unterrichtet, worüber gutezeugnisse vorliegen, auch stehen derselben gute Empfehlungen zur Seite.

Offerten unter Z. 26 b. d. Ergebn. d. Bl.

Verheirathete Wirtschafts-Beamte
können bauende Administratoren- und Oberinspektoren-Posten mit 300 bis 500 Kr. Jahrgehalt, Deputat, Landtieme ic. nachgewiesen erhalten, auch mehrere unverh. Inspektoren und Verwalter mit 150 bis 300 Kr. Gehalt, seir Station ic.

Landwirtschaftliches Bureau in Berlin,
Adenshauerstr. 14.

Joh. Aug. Goetsch.

Stadt-Theater.

Donnerstag. Oberon, König der Elfen. Romantische Oper-Opr. in 3 Akten.

Victoria-Theater.
Donnerstag. Pariser Leben. Komische Operette in 4 Akten.

